



KONTAKT

Teresa Schad

Bereichsleiterin Kommunikation und Politik

+49 (0) 30 72 62 07 - 111

PRESEMITTEILUNG

Kohleausstieg: Industrie muss verbindlich in den Fokus – jetzt kommt es auf den Gesetzgeber an

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) fordert mehr Verbindlichkeit in den Gesetzesbestimmungen hinsichtlich des Zuschusses zu Netzentgelten und eines Ausgleichsmechanismus. / Zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der Nichteisen(NE)-Metallindustrie am Standort Deutschland ist ein Ausgleich der Mehrkosten essenziell.

Berlin (29.01.2020) – Heute hat das Bundeskabinett das Kohleausstiegsgesetz beschlossen. Neben der Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten sieht der Gesetzentwurf auch einen Ausgleich für die Verbraucher vor. Der für die energieintensive NE-Metallindustrie wichtige Zuschuss zu den Netzentgelten aus dem Bundeshaushalt und der ebenso zentrale Ausgleichsmechanismus für stromintensive Unternehmen sind im Gesetzentwurf enthalten, aber gespickt mit „soll“- und „kann“-Bestimmungen. Die NE-Metallindustrie braucht hier mehr Verbindlichkeit.

Roland Leder, Präsident der WVMetalle, fordert: „Im weiteren Verfahren kommt es nun auf den Gesetzgeber an: Zum Schutz ihrer Wettbewerbsfähigkeit braucht die energieintensive Industrie den Ausgleich der Mehrkosten, die aus dem Kohleausstieg resultieren.“ Der Gesetzgeber müsse dafür sorgen, dass nicht nur stillgelegt, sondern auch wirkungsvoll ausgeglichen wird. Weniger CO₂-Emissionen kann es nur mit international wettbewerbsfähigen Strompreisen geben. „Für die Industrie sind bezahlbare Strompreise eine entscheidende Grundvoraussetzung für ihre Zukunft am Standort Deutschland.“

Auch hinsichtlich Versorgungssicherheit und -qualität sind aus Sicht der WVMetalle Nachbesserungen notwendig. Dies gilt etwa hinsichtlich einer validen Definition von Versorgungssicherheit. Die energieintensive Industrie braucht zum Schutz ihrer Wettbewerbsfähigkeit den Ausgleich der Mehrkosten, die aus dem Kohleausstieg resultieren.